



Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt

EU-AUSTRITTS-VOLKSBEGEHREN WIRD IM DEZEMBER EINGEREICHT!

Alle dafür nötigen Unterstützungs-Erklärungen geschafft.

Das ist das Erfreulichste seit langem, was wir Ihnen, liebe Leser, mitteilen können. Wir werden – fristgerecht – noch im Dezember **über neuntausend behördlich bestätigte Unterstützungserklärungen** im Innenministerium einreichen. Damit kann es im Frühjahr nächsten Jahres (der Termin wird vom Innenministerium festgelegt) zur „öffentlichen Eintragungswoche“, dem eigentlichen Volksbegehren, kommen. Natürlich werden wir Sie darüber weiter am laufenden halten.

Es war eine **Heiden-Arbeit** durch über eineinhalb Jahre hindurch, diese erste Etappe eines bundesweiten Volksbegehrens zu schaffen! Arbeit, die von **vier unabhängigen Bürgerinitiativen** geleistet wurde, die als Betreiber des Volksbegehrens fungieren: „Initiative HEIMAT & UMWELT“ (Obfrau Inge **Rauscher**, Zeiselmauer/NÖ), „Initiative für mehr DIREKTE DEMOKRATIE“ (Sprecher Helmut **Schramm**/Wien), Anti-Gentechnik-Plattform „PRO LEBEN“ (Pressesprecher Richard Leopold **Tomasch**/Kärnten), Tierschutz-Organisation „ANIMAL SPIRIT“ (Obmann Dr. Franz Joseph **Plank**, Laaben/NÖ). Gemeinsam bilden sie die „Überparteiliche Plattform für den Austritt aus der EU“.

Die Schwierigkeiten bei der Erarbeitung der neuntausend Einleitung-Unterschriften für das Volksbegehren waren enorm.

Insgesamt rund **200 (!) ganztägige Info-Stand-Aktionstage in ganz Österreich** bei fast jedem Wetter mußten dafür von den Plattform-Gruppierungen geleistet werden! Dabei wurden von allen Plattform-Teilnehmern mehr als **180.000 Informationsblätter mit Argumenten** per Handverteilung und mittels persönlicher Bürgergespräche „unters Volk“ gebracht.

Allein an „Wegwarte“-Ausgaben mit Schwerpunkt EU-Austritts-Volksbegehren wurden in diesen eineinhalb Jahren insgesamt acht verschiedene mit zusammen **145.000 Stück Auflage** verschickt bzw. persönlich verteilt.

Jene Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die dafür ihre **karge Freizeit** opferten und oft **weite Reisewege** zu den jeweiligen „Einsatzorten“ in Kauf nahmen, waren wohl die wichtigsten für das Zustandekommen

der Einreichungs-Unterschriften. Ihnen haben alle Österreicher, die das EU-Projekt (ein „Experiment“ wie seinerzeit die Sowjetunion) als falsch erkannt haben, viel zu verdanken. Die unmittelbar bevorstehende offizielle Einreichung des Volksbegehrens ist der **erste große Widerstands-Beweis** gegen die EU der immer mehr geschröpften Bürger auf völlig demokratisch-rechtsstaatlichem Weg.

Den Boden aufbereitet haben unter anderem gerade auch die Mitarbeiter der INITIATIVE HEIMAT & UMWELT mit vorangegangenen jahrelangen Straßenaktionen und Unterschriftensammlungen auf fortlaufenden Listen für den Austritt aus der EU. Erst dadurch hat sich gezeigt, daß immer mehr Menschen dazu bereit sind; sonst hätten wir nicht gewagt, eine so große Aktion wie ein bundesweites Volksbegehren anzugehen – ohne jeden „Apparat“, ohne Geldgeber wie beispielsweise beim Volksbegehren des Großindustriellen Androsch, der laut offiziellen

Fachmeinungen gegen die EURO-„Rettung“

Seite 4-5

**Arbeitnehmer verlieren seit EU-Beitritt
110 Milliarden Euro!**

Seite 6-7

Österreich ist einzigartig!

Rückseite

Angaben 1,2 Millionen Euro (16,5 Millionen ÖS) für die Bewerbung des (Un-) Bildungs-Volksbegehrens zur Verfügung hatte.

Ein großes DANKESCHÖN allen mutigen und tatkräftigen BÜRGERN, ohne die gar nichts gegangen wäre. Die über neuntausend **Einleitungs-Unterschreiber** sind **Pioniere** des EU-Austritts und eine Elite für den Weiterbestand bzw. **Wiederaufbau Österreichs!**

Die jetzigen Machthaber wissen nicht mehr wirklich weiter, auf sie kann die breite Bevölkerung nicht mehr zählen. Menschen- und naturwürdige Lösungen können nur aus der Bereitschaft vieler Bürger entstehen, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen und **Kooperationen** untereinander zu suchen anstatt sich auf bröckelnde Sozialsysteme zu verlassen. Sollte es wirklich zu einem „Crash“ kommen wie von manchen „prophetzeit“, gibt es nur zwei **Überlebens-Strategien**, die uns auch in wirtschaftlichen Notzeiten niemand nehmen kann: 1) **gute Freunde**, die sich gegenseitig helfen, und 2) ein möglichst großes Maß an **Eigenproduktion** der wichtigsten Alltags-Güter. Wenn es „hart auf hart“ geht, zählen andere Werte als Banken, Versicherungen, Euro-Bonds oder ähnliche Kunstprodukte, die der Lebens-Realität der „breiten Masse“- und das sind wir alle – nicht standhalten werden...

Spezial-Kapitel NOTARKOSTEN

Das war die größte und teuerste HÜRDE für die Einreichung des EU-Austritts-Volksbegehrens. Ungefähr die Hälfte aller Unterstützungs-Erklärungen dafür wurde nur möglich durch die Mitwirkung von Notaren, für die wir teuer bezahlen mußten. Viele Bürger wollten nicht auf die **Gemeindeämter** zum kostenlosen Unterschreiben gehen, ihre Unterschrift konnte daher nur durch die Präsenz von Notaren bei den zahlreichen Info-Stand-Aktionstagen erwirkt werden.

Für das Zustandekommen des EU-Austritts-Volksbegehrens mußten

Bäuerliche (statt industrielle) Landwirtschaft immer mehr unter Druck

Der folgende, wörtliche Auszug eines Artikels von Erich Zahnt aus Gaming in Niederösterreich, entnommen der jüngsten Ausgabe der „**Unabhängigen Bauernzeitung**“ (www.ubv.at), kann nicht ernst genug genommen werden. Darin heißt es:

„**Seit dem EU-Beitritt** ist die Anzahl der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe in Österreich **um fast ein Fünftel geschrumpft**. Dieser Trend wird sich weiter fortsetzen, weil er ganz offensichtlich politisch so gewollt ist. Oberstes Ziel der EU-Agrarpolitik ist, die „**Wettbewerbsfähigkeit**“ der Landwirtschaft zu stärken UND umfassendes Wachstum voranzutreiben. Diese Zielsetzung steht nicht nur in krassm Widerspruch zu immer wieder geäußerten Aussagen eines Erhalts der bäuerlichen Landwirtschaft, sondern auch zu den Bedürfnissen der Menschen.

Wettbewerb, der Kampf um Markt-

anteile **weltweit**, führt zwangsläufig zur **Entsolidarisierung** innerhalb der Landwirtschaft, begünstigt Egoismus und Rücksichtslosigkeit. Ein Hinausdrängen der kleinen und mittleren Betriebe schwächt in jedem Fall die Landwirtschaft in ihrer landschaftsprägenden und gesellschaftsgestaltenden Kraft, und gefährdet **Lebensmittelsicherheit** und **Ernährungssouveränität**.

Im Gegensatz dazu forderten rund 400 Wissenschaftler aus 34 Nationen, die sich kürzlich in Krems beim „Forum Nyeleni 2011“ mit der **künftigen** Ernährungssicherheit beschäftigt haben, in einer Deklaration die europäischen Politiker auf, Rahmenbedingungen zu schaffen mit dem Ziel einer **ökologischen** Landwirtschaft, die auf vielen kleinen Produzenten und auf **lokal erzeugter Nahrung** aufgebaut sein soll. Die **industrielle** Nahrungsmittelerzeugung sollte zurückgedrängt werden.“

Die IHU-Rätselfrage:

Wieviel mußte Österreich (d.h. wir alle) als Nettozahler seit dem Beitritt zur EU vor 17 Jahren allein als **Mitgliedsbeitrag netto** (also Mitgliedsbeitrag abzüglich Rückflüsse, den fälschlich „Förderungen“ genannten Teilbeträgen unseres Mitgliedsbeitrags) insgesamt an „Brüssel“ abliefern?

Waren es (bitte ankreuzen):

15 Milliarden ÖS 60 Milliarden ÖS 30 Milliarden ÖS

Die Antwort auf unsere Rätselfrage finden Sie auf Seite 7 unten.

wir insgesamt 231 Notar-Stunden bei Info-Stand-Aktionstagen quer durch Österreich in Auftrag geben; diese kosteten uns **insgesamt 47.601,- Euro, d.s. 655.004,- ÖS (!)**.

Diese für eine Bürgerinitiative enormen Kosten trug die INITIATIVE HEIMAT & UMWELT in Eigenverantwortung. Sie haben uns bis aufs äußerste beansprucht...

Es sind dzt. (Stand 30.11.2011) noch über 8.000,- Euro an unerledigten Rechnungen (Notarhonorare/Porto- und Druck-Kosten) „offen“; dazu kommen die Produktionskosten der jetzigen WEGWARTE, die unmittelbar bevorstehenden Kosten der Einreichung des Volksbegehrens, und viele andere „Nebenkosten“ unserer Arbeit, die unvermeidlich sind.

Danke im voraus für Ihre weitere Unterstützung!

Wirtschaftsregierung/ Eingreiftruppen

Im November brachte der ORF-Teletext folgende Meldungen, die zu denken geben.

„Im fiktiven afrikanischen Staat ‚Alisia‘ übt die EU vom 18. November bis 6. Dezember, wie sie auf eine Reihe von Krisen reagieren kann. Das teilte der Europäische Auswärtige Dienst in Brüssel mit. Dabei gehe es darum, das Zusammenspiel verschiedener EU-Stellen und internationaler Organisationen unter den Regeln des seit Ende 2009 geltenden Lisabon-Vertrags zu proben.“

Zur **Krisenbewältigung** gehören **Truppen** zur Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung, die Evakuierung von Gebäuden, eine zivile EU-Krisenkommission, humanitäre Hilfe und Unterstützung zur Schaffung rechtsstaatlicher Verhältnisse.“ (16.11.2011)

„Die EU-Spitzen haben sich im EU-Parlament für eine gemeinsame **Wirtschaftsregierung zur Abwehr künftiger Krisen** ausgesprochen. Dafür plädieren Ratspräsident Van Rompuy, Kommissionschef Barroso und der Eurogruppen-Vorsitzende, Luxemburgs Premier Juncker.“ (17.11.2011)

KRIEGSGRUND ATOMWAFFEN

Nachdem der **Irak** wegen angeblicher Massenvernichtungswaffen von den USA und ihren Verbündeten in der EU und anderen Kontinenten unter verheerenden Menschenverlusten in die Steinzeit zurückgebombt wurde,

scheinen nun der **Iran** und **Syrien** auf der „Abschußliste“ Jener zu stehen, die selbst Atomwaffen im Überfluß besitzen und damit alle Anderen bedrohen. Solange das so bleibt, wird es auf der Welt **niemals Frieden geben!** Die „Wiener Zeitung“ brachte dazu am 9. November 2011 die im nebenstehenden Kasten abgedruckte Sachinformation.

EU finanziert anderen Ländern Atomeinstieg

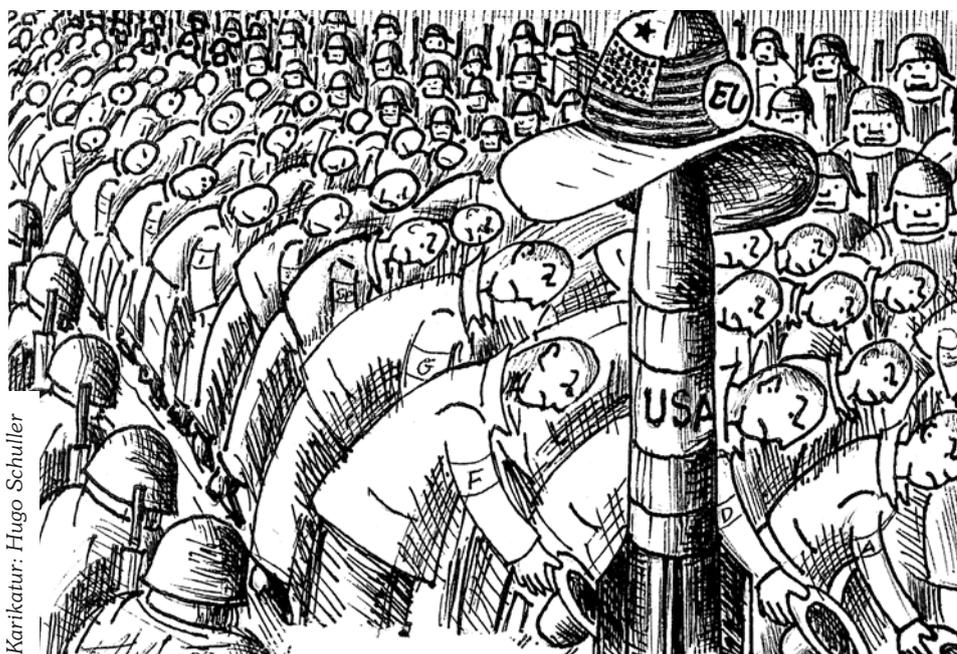
Unter dem Titel „Nukleare Sicherheits-Zusammenarbeit“ hat die EU-Kommission verschiedenen Ländern außerhalb Europas, die Interesse am Einstieg in die Atomenergie gezeigt haben, zwischen 2008 und 2010 insgesamt 8,2 Millionen Euro Unterstützung zukommen lassen. Das Geld wurde für technische und rechtliche Hilfe, sowie für den Aufbau nationaler Nuklearregulierungsbehörden und Mitarbeitertraining verwendet. Empfänger waren arabische Staaten wie **Marokko, Ägypten, Jordanien sowie Philippinen und Vietnam.**

Quelle: „Standard“ vom 7.4.2011

Nicht jedes Land, das Atomwaffen besitzt, gibt das auch zu: Neben den **fünf offiziellen Atommächten** USA, Russland, Großbritannien, Frankreich und China gelten **auch Indien, Pakistan, Israel und Nordkorea** als Besitzer nuklearer Sprengköpfe. Der Iran wird **verdächtig**, die Waffe, die hohes Abschreckungs- und Drohpotenzial garantiert, herzustellen. Die genaue Zahl der **weltweit vorhandenen Atomsprengköpfe** ist nicht bekannt. Nach Schätzung der Federation of American Scientists (FAS) vom Juni sind es **insgesamt mehr als 20.500**. Rund 4830 davon gelten als einsatzbereit. Das Stockholmer Friedensforschungsinstitut Sipri geht von mehr Atomwaffen aus: In seinem im Jänner 2011 erschienenen Jahrbuch spricht Sipri von 20.530 Sprengköpfen, davon seien **5027 einsatzbereit**. Der Großteil der Nuklearwaffen ist im Besitz **Russlands und der USA.**

Als bisher einziges Land haben **die USA** im vorigen Jahr genaue Zahlen für ihr Atomwaffenarsenal veröffentlicht. Laut dem US-Verteidigungsministerium Pentagon verfügen die USA über 5113 atomare Gefechtsköpfe. Nach FAS-Schätzung sollen es hingegen rund **8500** sein, gut 1950 gelten als einsatzbereit. Das Institut Sipri führt 2150 einsatzbereite Gefechtsköpfe in den USA an. **Ein Teil der US-Atomwaffen soll sich übrigens noch immer in Deutschland befinden.** Experten gehen davon aus, daß noch 10 bis 20 Sprengköpfe auf dem Fliegerhorst Büchel in Rheinland-Pfalz gelagert werden. Von rund **11.000 russischen Sprengköpfen** gelten laut FAS und Sipri rund 2430 als einsatzbereit.

Frankreich hat den Angaben zufolge 300 atomare Sprengköpfe, **China** 240 und **Großbritannien** 225. **Israel** soll insgesamt 80 Atomwaffen haben. **Pakistan** und **Indien** jeweils 80 bis 110 und **Nordkorea** weniger als 10.



Karikatur: Hugo Schuller

Der neue „Gessler-Hut“?

Vom Opfer der EURO-Haftungspolitik (=“Rettungsschirmzahler“) zum Widerstand dagegen.

Kompetente Autoren liefern fundierte Informationen dafür.

„Wissen ist Macht“ lautet ein altes Sprichwort. „Demokratie“ heißt wörtlich, „das Volk ist stark. Es hat das Sagen.“ Das ist aber nur möglich durch ausreichendes Wissen. Die hier vorgestellten Bücher sind ein Weg dorthin; machen Sie Gebrauch davon!



„DAS EURO-ABENTEUER GEHT ZU ENDE.

Wie die Währungsunion unsere
Lebensgrundlagen zerstört.“

von den **fünf Wirtschafts- und Rechtsprofessoren** W. HANKEL, W.NÖLLING, K.A. SCHACHTSCHNEIDER, D. SPETHMANN und J. STARBATTY. Kopp-Verlag Rottenburg, 2011, 252 Seiten, zum Preis von 19,95 Euro + Porto (1,45 €). Bestellung per beiliegendem Erlagschein möglich, Zusendung erfolgt mit der Post so rasch wie möglich.

Auszug aus dem Vorwort:

Weder bricht das Euro-System zusammen, wenn es diejenigen Länder verlassen, die wirtschaftlich gar nicht in der Lage sind, seine Spielregeln einzuhalten. Europa, ein Konglomerat aus hoch entwickelten und weniger entwickelten Volkswirtschaften, läßt sich nicht in das Korsett einer Einheitswährung pressen, ohne die politische Stabilität und die Demokratie seiner Staaten auf das Ernsteste zu gefährden. Noch ist es richtig, daß Europas

Stärke in der Weltwirtschaft von dieser Einheitswährung abhängt. Ein Blick auf jene „Kleinen“, die wirtschaftlich erfolgreicher sind als die „Großen“, beweist das Gegenteil. Das gilt für den Binnenmarkt der Union wie für den Weltmarkt: Weder Mittelstand noch Staaten (wie die skandinavischen oder die Schweiz) mit guten Regierungen und stabilen Währungen haben dort schlechte Karten. Im Wettbewerb siegt der Tüchtigere; Misswirtschaft darf nirgendwo eine von den anderen Mitgliedsländern alimentierte Chance erhalten.

Am wenigsten aber kann Deutschland die meist schlecht regierten und wirtschaftenden **Krisenländer der Eurozone** über Wasser halten oder auf Fortschrittskurs bringen. Es verspielt mit dieser „mission impossible“ seine eigene Zukunft: seine Wachstumschancen, seine Arbeitsplätze, das Geld für seinen Sozialstaat und den Umbau zum umweltfreundlichsten Gemeinwesen der Welt. Das ist das ehrgeizige Ziel seiner linken Reform-Parteien, weswegen es so unverständlich ist, daß auch sie die unverantwortliche Geldverschwendung in Sachen „Euro-Rettung“ vorbehaltlos unterstützen. **Wenn der Ertrinkende seinen Retter mit in die Tiefe reißt, kommen beide um.** Dies ist das Schicksal Deutschlands und Europas, wenn dieser Politik nicht Einhalt geboten wird. **Die Alternativen, die es laut Kanzlerin Angela Merkel nicht gibt, findet der Leser in diesem Buch.** Es gibt eine realistische und sozial wie finanziell billige, aber keinesfalls leicht zu bewirkende „Minimal-Lösung“ der Euro-Krise; den Austritt der Länder aus der Eurozone, die nicht hineingehören. Und es gibt eine zukunftsorientierte „Maximal-Lösung“ der Euro-Krise, **den Rückbau der Währungsunion**

in die Wechselkursunion, die es vor dem Euro gab und die im „Euro-Vorzimmer“ (dem Wechselkursmechanismus II) der osteuropäischen Unionsländer bis heute fortgesetzt wird. Sie bietet allen EU- und Nicht-EU-Ländern des „Europäischen Wirtschaftsraums“ (EWR) eine Bleibe: ein Kooperationsmodell, in dem sie ihre Krise aus eigener Kraft überwinden und friedlich, freundschaftlich ohne Konflikte zusammen wachsen können. Es wäre ein **Völkerbund wechselseitigen Respekts**, ohne Eingriff in fremde Rechte und ohne frechen Griff in fremde Kassen. Sogar bislang noch vor der Tür des EWR stehende Länder wie Russland könnten sich diesem Europa anschließen. Das könnte zum europäischen Europa führen, zur Republik der Republiken, zum **„Föderalismus freier Staaten“**, der Vision Immanuel Kants vom „Ewigen Frieden“. Keine dieser Alternativen verwirklicht sich von selbst. Aber das Gemeinwohl Europas und Deutschlands rechtfertigt die Anstrengungen. Deshalb rufen wir mit dieser Schrift, die zu gleichen Teilen **Analyse der Krise** (rechtlich und wirtschaftlich) wie die **Therapie ihrer Überwindung** enthält, die Bürger unseres Landes auf: Laßt Euch kein X (dem Buchstaben für Deutschland auf unseren Euro-Scheinen) für ein Y (dem Buchstaben für Griechenland) oder U (dem für Spanien) vormachen – **handelt!** **Erinnert Europas Machthaber in Politik und Wirtschaft an den Satz des großen US-Präsidenten Abraham Lincoln: „Man kann alle Leute einige Zeit und einige Leute alle Zeit, aber nicht alle Leute alle Zeit zum Narren halten.“ Sagt ihnen, wo immer es möglich ist, daß Ihr ihnen weder glaubt noch traut, noch folgt! Nach wie vor fordern wir eine **Volksabstimmung darüber, ob unsere Bürger den Euro und die Euro-****

rettungsmaßnahmen, welche unser Gemeinwesen tiefgehend verändern, akzeptieren.



„DIE RECHTSWIDRIGKEIT DER EURO-RETTUNGSPOLITIK. Ein Staatsstreich der politischen Klasse.“

Von Prof. **Karl Albrecht SCHACHTSCHNEIDER**. Kopp-Verlag Rottenburg, 2011, 254 Seiten, zum Preis von 19,95 Euro plus Porto (1,45 €). Bestellung bitte per beiliegendem Erlagschein: Zusendung erfolgt mit der Post so rasch wie möglich.

Auszug aus dem Vorwort:

Der Euro ist gescheitert, aber die europäischen Intergrationisten wollen ihn retten, koste es, was es wolle. Sie nutzen ausgerechnet dieses Scheitern ihres wichtigsten Projektes, um die Europäische Union weiter zu dem „vereinten Europa“ voranzutreiben, das sie von Anfang an angestrebt haben, dem **Europa-staat**, in dem die Völker Europas nicht mehr in nationalen Einzelstaaten ihr Schicksal selbst bestimmen, sondern eine **große Menge von Untertanen** als Arbeiter und Verbraucher ein abhängiges Leben fristen, dessen Regeln eine elitäre und privilegierte Bürokratie vorschreibt. Die Lebensverhältnisse sollen in ganz Europa und darüber hinaus **unabhängig von den Leistungen** der einzelnen Menschen und Völker einheitlich sein, aber sie

werden kärglich und ärmlich sein. **Die Union** ist schon jetzt nicht demokratisch, rechtsstaatlich und sozial, aber Europa wird nach den Veränderungen, gegen welche dieses Buch mit den Mitteln rechtlicher und wirtschaftlicher Vernunft kämpft, **eine Region der globalen Welt** sein, welcher die besten Errungenschaften der annähernd dreitausendjährigen Geschichte Europas genommen sind; die **Freiheit**, das **Eigentum** und die **freie Rede**, die Selbstständigkeit und Bürgerlichkeit der Menschen, die menschheitliche Verfassung, insgesamt das Recht.

Dieses **Europa** wird eine **sanfte Despotie**, eine Diktatur der Bürokraten sein. Damit hat Europa bittere Erfahrungen. Die Sozialisten, welche die verhängnisvolle Politik machen, haben ihr Fernziel, den **egalitären Menschen**, unterschiedslos, bedürfnislos, bedeutungslos, den Menschen, wie ihn **George Orwell** beschrieben hat, nicht aus dem Auge verloren. Die Rolle des „Großen Bruders“ übernehmen sie selbst. Sie nutzen die kapitalistische Habgier für ihr Ziel, mittels derer sie die Grundlage stabiler Wirtschaft und Politik zerstören: das **Geldwesen**. Die Opportunisten in den Parteien leisten ihnen willige Hilfestellung. Sie wissen nicht, was sie tun, und wollen es auch nicht wissen. Sie suchen nur ihren **kleinen** Vorteil. Sie sind nun einmal, von wenigen Ausnahmen abgesehen, eine Negativauslese. Aber die getäuschten und entmutigten Menschen werden weiter ihre Verächter an die Macht wählen. Der Trend ist nicht zu verkennen. Alle im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien sind **europäistisch**.

Mehr als zwei Drittel der Abgeordneten sind links. Sie stimmen begeistert jeder Politik zu, die Deutschland schadet. Aber sie schaden auch den anderen Völkern Europas. Zunehmend werden, typisch für Sozialisten, **faschistische Herrschaftsmethoden** eingesetzt, Agitation und Propaganda, Redeverbote und Ausgrenzung derer, die öffentlich Wahrheit und Richtigkeit vertreten. Aber noch gibt es Widerspruch und Wider-

stand. Der Kopp-Verlag trägt dazu kraftvoll bei. Darum erscheint dieses Buch, das eine präzise Erörterung der Rechtslage der Euro-Rettungspolitik unterbreitet, in diesem Verlag. **Das Buch will wie auch die Prozesse**, die ich mit meinen Mitstreitern Wilhelm Hankel, Wilhelm Nölling, Dieter Spethmann und Joachim Starbatty führe, **das Recht und die wirtschaftliche Vernunft verteidigen**. Es will wenigstens jeden Bürger in Deutschland und in Europa **über die wirkliche Lage informieren und Mut machen**, sich der Politik der Zerstörung des europäischen Europas zu widersetzen.

Das Buch erörtert nicht nur die Rechtlosigkeit der finanziellen Hilfe für Griechenland und des temporären Schutzmechanismus für den Euro, des befristeten Euro-Rettungsschirms, sondern auch des **permanenten Schutzmechanismus ESM**, dessen vertragliche Grundlage zur Zeit in den Parlamenten behandelt wird und der die Grundfesten der Union umwälzen wird. Es behandelt auch die schwierigen, aber schicksalhaften Fragen des Bürgerschutzes aus den Grundrechten und trägt eine Lehre vor, welche den Bürger als Bürger achtet und nicht zu einem Untertanen degradiert, dem um seiner eigenen Interessen willen kleine subjektive Rechte zugebilligt werden. **Politische Rechte der Bürger sind der Prüfstein des Rechtsstaates und der Demokratie**. Der Bürger muß Rechte haben, die es ihm ermöglichen, Verantwortung für sein Gemeinwesen zu übernehmen. Im **Parteienstaat**, der Verfallserscheinung von Republik und Demokratie, ist er fast genauso entmachtet wie in der **Diktatur**. Wahlen unter den oligarchischen Parteien helfen ihm nicht. Ihm bleibt nur der Weg auf die Straße und zum Richter. Zudem sind nur wenige **Medien** nicht korrumpiert.

Arbeitnehmer verlieren 110 Milliarden seit EU-Beitritt

Jüngste Zahlen der Arbeiterkammer OÖ belegen: Die ArbeitnehmerInnen gehören zu den großen Verlierern des EU-Beitritts.

Seit dem EU-Beitritt sinkt in Österreich die Lohnquote – also der Anteil der ArbeitnehmerInnen am Volkseinkommen – deutlich ab. Und zwar um fast 6% zwischen 1995 und 2010. Eine unlängst von der Arbeiterkammer OÖ veröffentlichte Studie zeigt: Im Jahr 2012 wird der durchschnittliche **Netto-Reallohn um 0,5% unter dem Jahr 1994** liegen, während die **Produktivität der Wirtschaft um real 24% ansteigt**. D.h. die Einkommen der unselbständig Erwerbstätigen sind vollkommen vom Wirtschaftswachstum abgekoppelt.

Die Solidarwerkstatt hat nachgerechnet, was das für die Einkommen der ArbeiterInnen und Angestellten bedeutet. Wir haben verglichen, was die ArbeitnehmerInnen tatsächlich bekommen haben, mit dem, was sie erhalten hätten. Wenn die Verteilungsverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit von 1995 konstant geblieben wären. Das Ergebnis ist **erstaunlich und**

offenbart den bestverhüllten Raub der jüngeren österreichischen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Über den Zeitraum dieser 15 Jahre summieren sich die Lohn- und Gehaltsverluste auf sage und schreibe **110 Milliarden Euro**. Zum Vergleich: **Das entspricht 40% des Bruttoinlandsprodukts eines Jahres.** Das ist fast die Summe aller Löhne und Gehälter eines ganzen Jahres, die seit 1995 zu den Gewinneinkommen gewandert sind. 63,5 Milliarden davon sind Nettolöhne/-gehälter, also das, was den Menschen unmittelbar aus der Brieftasche gezogen wurde. 28,5 Milliarden sind entgangene Lohnsteuer des Staates und 18 Milliarden sind entgangene Einnahmen der Sozialversicherung, also des Kollektivlohnes der Unselbständigen, um sich gegen die existenziellen Risiken von Krankheit, Unfall, Alter und Arbeitslosigkeit zu schützen. Es lässt sich leicht **ausrechnen, dass sich all das Gejammer** um die Unfinanzierbarkeit der

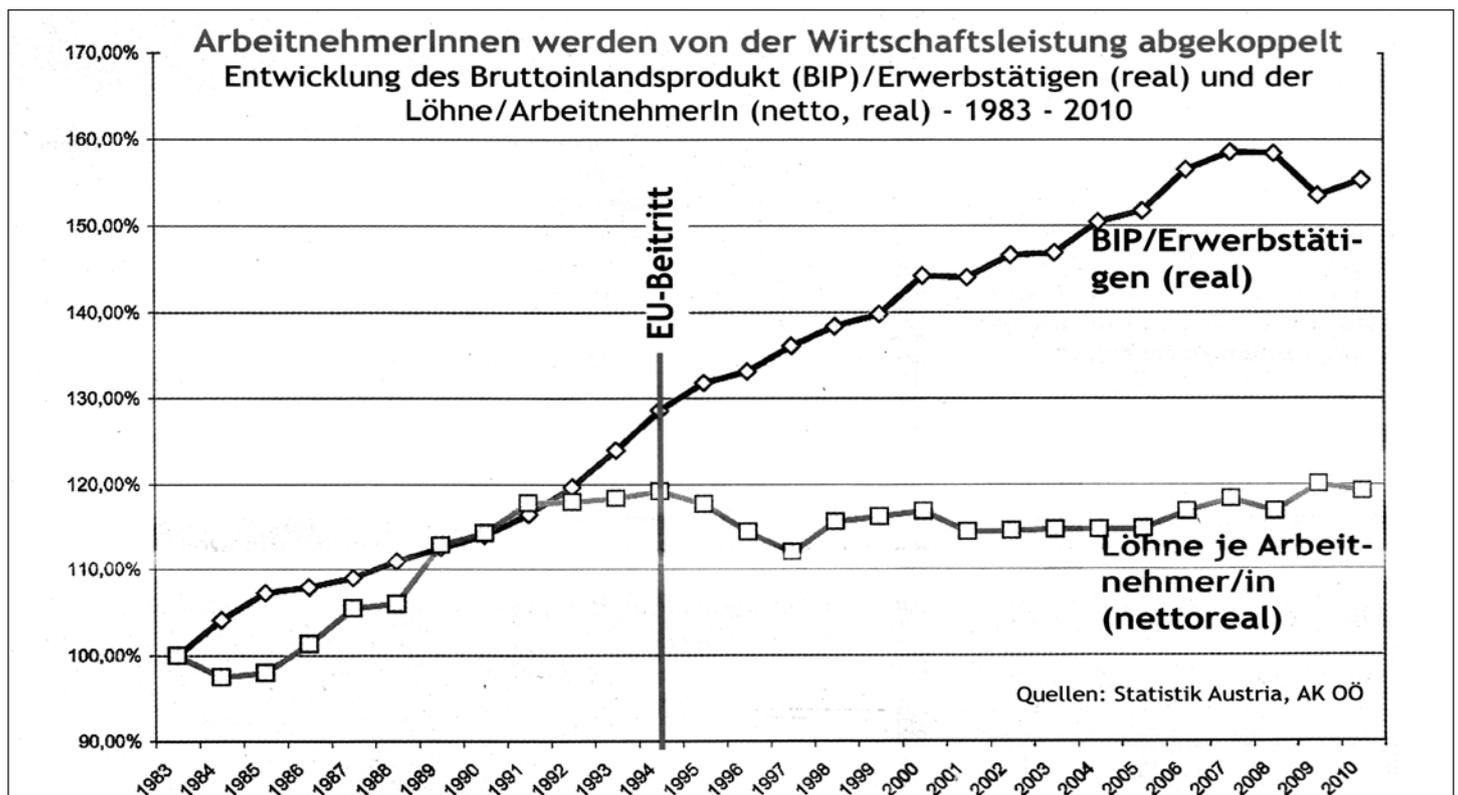
Pensionen und des Gesundheitswesens erübrigen würde, wenn sich die **Verteilung zwischen Kapital und Arbeit seit 1995 nicht zu ungunsten der letzteren** verschoben hätte.

**Unterstes Lohnzehntel:
Minus 31%.**

Die dramatischsten Lohnverluste mussten dabei die Niedrigverdiener erleiden. Der Einkommensbericht 2010 des Rechnungshofes enthüllt, dass die Reallöhne des untersten Zehntels der ArbeiterInnen (10% verdienen weniger, 90% verdienen mehr) **zwischen 1998 und 2009** um 31% (!) abstürzten.

**Pflicht zum
Lohndumping**

Auf EU-Ebene ist Lohndrückerei mittlerweile zum Programm erhoben worden. Denn im Juni 2011 haben sich Euro-Staaten auf den sogenannten „**Euro-Plus-Pakt**“ geeinigt. In diesem EU-Pakt verpflichten sich die Staaten zu mehr „Wettbewerbsfähig-



keit“, u.a. durch eine Politik des Lohndumpings: So sollen etwa **alle nationalen Regelungen**, die eine automatische Anpassung der Löhne an die Inflation vorsehen, **abgeschafft** werden; Lohnverhandlungen sollen von „zentralen Kollektivvertragsverhandlungen“ auf die „betriebliche Ebene“ verlagert werden. Die Unternehmer wissen schließlich, dass sie umso stärker sind, je weniger kollektiv die ArbeitnehmerInnen in Lohnauseinandersetzungen auftreten. Lohnsteigerungen im

öffentlichen Dienst sollen zurückgehalten werden, sodass sie „der auf Wettbewerbsfähigkeit gerichteten Anstrengungen im Privatsektor förderlich sind“. Auch die EU-Kommission bekommt **direkte Durchgriffsrechte** auf die einzelstaatliche Lohn- und Sozialpolitik, wodurch auch bei sog. „mangelnder Wettbewerbsfähigkeit“ **saftige Geldstrafen** über EU-Staaten verhängt werden können, wenn sie nicht den „Empfehlungen“ der Kommission Folge leisten.

Der Artikel auf den Seiten 6 und 7 sowie die Grafik sind der neuesten Ausgabe der Zeitung **"SOLIDAR-WERKSTATT ÖSTERREICH"** (früher „Friedens-Werkstatt“) entnommen. Diese Gruppierung tritt – so wie wir – seit längerem für den **Austritt aus der EU** ein, wenn auch aus (teilweise) anderen Gründen. Sachlich waren (und sind) dort viele Artikel **sehr gut recherchiert**; ideologisch muß man nicht in allem gleicher Meinung sein, aber das ist ja völlig legitim. Schon die **Zwentendorf-Volksabstimmung** vom 5.11.1978 konnte nur deshalb im Sinne der Atomgegner „gewonnen“ werden, weil „linke“, „rechte“ und viele „dazwischen“ stehenden Gruppierungen/Initiativen usw. für dieses große Anliegen **zusammengearbeitet** haben und ihre sonstigen Meinungsverschiedenheiten auf anderen Gebieten hintangestellt haben. Atomstrahlen unterscheiden nicht zwischen „Linken“ und „Rechten“ und die fatalen Folgen des EU-Beitritts treffen ebenfalls „Linke“ und „Rechte“ und alle „dazwischen“ Stehenden gleichermaßen!

In diesem Sinne empfehlen wir die gesamte Ausgabe des **„Werkstatt-Blatts“ 3/2011**, im Internet unter www.solidarwerkstatt.at; Druckausgabe kann angefordert werden bei 4020 Linz, Waltherstr. 15 A, Tel. (0732) 77 10 94, E-Mail: office@solidarwerkstatt.at

Die Antwort auf unsere Rätselfrage von Seite 2:

Österreich mußte allein an Mitglieds-Beträgen seit dem Beitritt zur EU vor 17 Jahren **netto über 100 Milliarden ÖS** nach Brüssel abliefern, genau 104,17 Milliarden ÖS (7,57 Milliarden Euro) bis Ende 2010; die Zahl für 2011 ist noch

nicht bekannt. 2010 mußten wir einen der höchsten jährlichen Mitgliedsbeiträge aller bisher 17 Mitgliedsjahre bezahlen, nämlich 9,22 Milliarden ÖS netto (670 Millionen Euro).

Dieser Unfug muß endlich beendet werden mit dem Austritt aus der EU, und das in Österreich erarbeitete Volkvermögen auch für die Österreicher verwendet werden - und zwar ohne Bevormundung durch „Brüssel“, wofür und für wen!

Die offizielle **Aufstellung** aller österreichischen EU-Mitgliedsbeiträge, der Rückflüsse (jeweils ein Teil derselben) sowie der daraus resultierenden Netto-Mitgliedsbeiträge senden wir Ihnen bei Interesse gerne zu (bitte am Erlagschein

„EU-Mitgliedsbeiträge“ vermerken); wir erhielten sie vom Bundeskanzleramt.

Zusatzfrage: Warum wird über die Höhe der jährlichen EU-Mitgliedsbeiträge in den Massenmedien praktisch nie berichtet???

Warum „WEGWARTE“?

Als Name für unseren, etwa alle zwei Monate erscheinenden Informationsdienst an viele Bürger in allen Bundesländern haben wir die Symbolblume der „Initiative Heimat & Umwelt“ gewählt. Die „Wegwarte“ ist eine zartblau blühende, sperrige, ausdauernde und anspruchslose Wildpflanze. Sie wächst vorwiegend an Straßen-, Weg- und Ackerrändern und ist fast über die ganze Welt verbreitet.

Die **„Initiative Heimat & Umwelt“ (IHU)** ist eine freie Arbeitsgemeinschaft, die keiner Partei nahe steht. Seit über 20 Jahren werden unsere Aktivitäten **ausschließlich ehrenamtlich** und uneigennützig geleistet. Wir erhalten keinerlei Subventionen; die Finanzierung erfolgt durch **freiwillige Kostenbeiträge** österreichischer Bürger und durch immer wieder beträchtliche private Beiträge der engsten Mitarbeiter.

WIR DANKEN allen moralischen und finanziellen Unterstützern unserer Arbeit ganz herzlich und hoffen, daß es noch viele mehr werden!

BITTE benützen Sie den beiliegenden Erlagschein oder überweisen Sie einen Kostenbeitrag je nach Ihren persönlichen Möglichkeiten von Ihrer Bank aus. Auch in einem Kuvert mitgeschickte Barspenden erreichen uns verlässlich. Gerne würden wir die „Wegwarte“ auch an mögliche Interessenten für unsere Anliegen aus Ihrem Freundes- und Verwandtenkreis senden; bitte geben Sie uns solche Adressen bekannt. Danke im voraus für Ihre Mühe!

Hinweis für Neu- oder Wieder-Empfänger: Erhalten Sie die „Wegwarte“ heute zum ersten Mal oder seit längerem wieder einmal, senden Sie uns bitte einen kleinen Kostenbeitrag. Dann kommen Sie in die Versandliste für jede Ausgabe dieser unabhängigen Zeitschrift ohne Firmen- oder Parteieninsetrate!

EINZIGARTIGES ÖSTERREICH

Wußten Sie, daß 150 Pflanzen- und 575 (!) Tierarten weltweit nur in Österreich vorkommen? Sie sind einzigartige Kostbarkeiten!

Pflanzen und Tiere, die nur in einem einzigen Land vorkommen, nennt man in der Fachsprache „Endemiten“. Somit besitzt Österreich den höchsten Anteil endemischer Arten in ganz Mitteleuropa. Ein Team von 58 Fachleuten hat die endemischen Arten Österreichs erstmals identifiziert sowie ihre Verbreitung, ihre Biologie und Gefährdung zusammenfassend dargestellt. Die Ergebnisse dieser Untersuchung können im Buch „Endemiten – **Kostbarkeiten in Österreichs Pflanzen- und Tierwelt**“ bewundert werden; es wurde vom Naturwissenschaftlichen Verein Kärnten herausgegeben. Eine 24-seitige **Broschüre** des Umweltbundesamtes dazu müßte in allen Gemeindeämtern Österreichs kostenlos aufliegen bzw. kann unter Tel. (01) – 313 04 oder office@umweltbundesamt.at bestellt werden. Das **Buch** selbst umfaßt 924 Seiten (mit zahlreichen Farbfotos und Grafiken) und kann zum Preis von 49,- Euro bestellt werden unter Tel. (0463) 536 305 74 oder nww@landesmuseum-ktn.at, 9020 Klagenfurt, Museumsg. 2.

NAHVERSORGUNGSWIRTSCHAFT wichtiger denn je!

Das kleine Österreich ist aber auch wirtschaftlich in einer sehr günstigen Lage. Die Natur „liefert“ uns in einzigartiger Weise **Lebensgrundlagen**, um die uns viele beneiden. Wir sind ein rohstoffreiches Land – im Gegensatz zur rohstoffarmen Schweiz – und haben eine landschaftlich reizvolle Vielfalt. Zusammen mit den kulturellen Leistungen unserer Vorfahren sichert uns diese seit Jahrzehnten große Einnahmen aus dem **Tourismus**.

Zudem besitzt Österreich einen **Erzberg**, der auf

viele Jahre hinaus die Produktion großer Mengen von Stahl, einem der wichtigsten Bestandteile vieler **Industriegüter**, ermöglicht. In Österreich befinden sich beträchtliche Vorkommen an vielen **Baustoffen**, an verschiedenen **Metallen**, an **Salz**, und natürlich an **Quellwasser**, dem langfristig wohl wichtigsten Rohstoff überhaupt.

Für die **Energieproduktion** gibt es in Österreich **Wasserkraft** (deren ohnehin bereits „großflächiger“ Ausbau nicht noch weiter ausgedehnt werden sollte) und auch beträchtliche **Öl- und Gasvorkommen** (soweit diese auf schonende Weise nutzbar sind).

Auch die Energiegewinnung aus der **Sonne**, aus **Biomasse** und **Wind** könn(t)en in Österreich eine große Rolle spielen.

Und es gibt in Österreich – noch – eine **bäuerliche Landwirtschaft**, mit der wir uns aus eigenem Grund und Boden ernähren könnten – wenn wir das wollen! Heute ist das nicht so; sonst würden nicht so viele Menschen täglich Importwaren aus weit entfernten Kontinenten kaufen. Diese könnten aber stattdessen **Waren aus Österreich** kaufen (nicht nur im Lebensmittel-Bereich), damit würden Verkehrsbelastungen und Energieverbrauch drastisch sinken und so manche **Klein- und Mittelbetriebe** im Nahbereich, die heute „eingehen“, könnten überleben bzw. wieder **neu gegründet** werden.

Wenn wir unsere eigenen Möglichkeiten stärken und mit unseren Ressourcen **sinnvoll** umgehen, d.h. weniger Raubbau an der Natur betreiben wie derzeit, müßten wir sehr viel weniger importieren und wären dadurch auch viel weniger erpreßbar. Dies bewußt zu machen, war und ist weiterhin ein **wichtiges Ziel** unserer langjährigen Arbeit.

Inge Rauscher,

Obfrau der „Initiative Heimat & Umwelt“.

www.eu-austritts-volksbegehren.at
helmutschramm@gmx.at

Redaktionsschluß dieser Ausgabe:
29. November 2011

Für WEGWARTE-Empfänger im Ausland: unser BIC-Code lautet
OPSKATWW, der IBAN-Code AT366000000007483053

WEGWARTE 21. Jahrgang, Folge 5, Dezember 2011
Zulassungsnummer "02Z033544S"
Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt
Druck: H. Schmitz Kopien, 1200 Wien
Impressum: Medieninhaber/ Herausgeber/Verleger:
Initiative Heimat & Umwelt
3424 Zeiselmauer, Hagengasse 5
Tel.: 02242/70 516
Spendenkonto: PSK, Kto. 7483053, BLZ 60000

Österreichische Post AG / Sponsoring Post
Benachrichtigungspostamt 3424 Zeiselmauer